



Herausforderungen

Fordernde Zeiten
für Menschen & Unternehmen

Österreichische Post AG,
MZ 03Z034897 M
Vereinigung der österreichischen Industrie,
Schwarzenbergplatz 4, 1030 Wien



BUNDESVORSTANDSSITZUNG

Anregende Diskussion
mit BDI-Präsident Russwurm

Seite 2



BESUCH IN DEN USA

Transatlantische
Zusammenarbeit fördern

Seite 4



OBERÖSTERREICH

TU Linz fixiert: Chance für den Standort
und wirtschaftlicher Mehrwert

Seite 10



v.l.n.r. hinten: Mitterbauer, Neumayer, Birtel, Koren, Löwy; v.l.n.r. vorne: Kocher, Gewessler; Habeck, Klor-Berchtold

Deutscher Vizekanzler Habeck zu Gast im Haus der Industrie

Gipfeltreffen der Politik und Wirtschaft zum Austausch über die aktuelle Energiekrise.

Auf Einladung der Deutschen Handelskammer in Österreich (DHK) und der Industriellenvereinigung (IV) kam Vizekanzler, Wirtschafts- und Klimaschutzminister der Bundesrepublik Deutschland, Robert Habeck zu einem Energie-Round-Table in exklusiver Runde mit den Spitzen der österreichischen wie deutschen Industrieunternehmen zusammen. Der Austausch fand im Rahmen seines eintägigen Wien-Besuches Mitte Juli im Haus der Industrie am Schwarzenbergplatz statt.

Aktuelle Themen, wie die Energieversorgungssicherheit und der Ausbau der In-

frastruktur standen im Mittelpunkt der Gespräche, an auch Energieministerin Leonore Gewessler und Wirtschaftsminister Martin Kocher teilnahmen. Denn die aktuelle Situation ist für die österreichische Industrie im höchsten Maße bedrohlich. In Österreich gehen rund 50 Prozent des Gesamtgasbedarfs – anders als in Deutschland mit rund 30 Prozent – in die Industrie. Dazu kommt, dass der Anteil an russischem Gas in Österreich rund 80 Prozent beträgt. In anderen Worten: Die heimische Industrie ist anteilmäßig noch mehr von den drohenden Entwicklungen betroffen als die deutsche Industrie in ihrer Gesamtheit. Vor diesem Hintergrund forder-

te Delegationsleiter und Vizepräsident der Industriellenvereinigung F. Peter Mitterbauer abermals eine fossile Übergangsstrategie: „Deutschland ist nicht nur die größte europäische Volkswirtschaft, sondern auch unser wichtigster Handelspartner. Die Politik, gerade auch die Energiepolitik der deutschen Bundesregierung, ist für den ganzen Kontinent maßgeblich, insbesondere in der aktuell sehr angespannten und sich vermutlich weiter zuspitzenden Energieversorgungs- und Energiepreissituation. Es braucht für Österreich eine fossile Übergangsstrategie, mittels derer auch im Falle eines Gas-Lieferstopps die Energieversorgung für die nächsten Monate und Jahre sichergestellt wird“, so Mit-



Vizekanzler Habeck beim Gipfeltreffen

terbauer, denn: „Niemand kann heute sagen ob, wann und in welchem Ausmaß die russischen Gaslieferungen in gewohnter Form aufrechterhalten werden können. Diese Situation ist für die österreichische Industrie in höchstem Maße bedrohlich.“

Anregende Diskussionen und Ehrungen im Bundesvorstand im Juni

Die Sitzung des Bundessvorstandes im Juni stand dieses Mal unter dem Zeichen der Halbzeit – so wurde die Zeit genutzt, um gemeinsam über Erreichtes Resümee zu ziehen, über aktuelle Herausforderungen zu diskutieren und Visionen für die Zukunft vorzustellen.

Als Gast durften wir Siegfried Russwurm, Präsident des Bundesverbandes der deutschen Industrie in Wien begrüßen. Die aktuelle Situation und das Krisenmanagement der beiden Regierungen dominierte die Debatte. So meinte IV-Präsident Georg Knill: „Wir würden uns mehr Habecks wünschen hier in Österreich“, also konkret ein Krisenmanagement, das mehr Kommunikation beinhaltet, Pragmatismus und mehr Lösungsansätze. Auch der Chef des deutschen Schwesternverbandes Russwurm meinte, seine Regierung mache es „für die Rahmenbedingungen ganz gut“. Jedoch lehnte er den Vergleich beim Abbau der Abhängigkeit von Gas zwischen Österreich und Deutschland ab, da dürfe man „nicht Äpfel mit Birnen vergleichen“ und solle „nicht mit Zahlen spielen“. Es gehe darum, „im Gespräch

zu bleiben und möglichst die Katastrophe zu vermeiden“.

Staffelübergabe in Oberösterreich: Pierer folgt auf Greiner

Im Rahmen des BUVO wurde der langjährige Präsident der IV-Oberösterreich Axel Greiner geehrt und sein Nachfolger Stefan Pierer als neuer Präsident herzlich willkommen geheißen. Die Industrie-Familie nutzte die Gelegenheit, um Axel Greiner für sein Engagement und seine Verdienste als Präsident der IV-Oberösterreich zu danken. Während seiner Amtszeit sind zahlreiche Erfolge gelungen, wie etwa eine massive Steigerung der F&E-Ausgaben, der Ausbau von MINT-Ausbildungsplätzen und der Startschuss für die TU Linz.

50 Jahre BuVo-Mitgliedschaft Ehrenpräsident Peter Mitterbauer

Eine weitere Ehrung ging an Ehrenpräsident Peter Mitterbauer für sein außergewöhnliches Engagement in den vergangenen 50 Jahren. Auch als IV-Landespräsident und Präsident der Bundesorganisation hat Ehrenpräsident Peter Mitterbauer die Industriellenvereinigung und den Wirtschaftsstandort entscheidend geprägt.



IV-Präsident Georg Knill mit Siegfried Russwurm



IV-Präsident Georg Knill mit Ehrenpräsident Peter Mitterbauer

Der Standort braucht Energie

Ein umfassendes Konzept für den Notfall und ein Energiemasterplan sind alternativlos.

Das standort- und energiepolitische Zukunftsszenario lässt sich in wenigen Worten beschreiben: Fließen nur mehr reduzierte Mengen oder gar kein Gas mehr nach Europa und Österreich, dann befinden wir uns in einer Krise, wie wir sie seit dem 2. Weltkrieg nicht mehr erlebt haben. Inklusive massiver Konsequenzen für Wertschöpfung, Arbeitsplätze und Lebensbedingungen in Österreich. Da reicht es nicht, wenn die Regierung die Entwicklung nur beobachtet. Und da ist es vollkommen inakzeptabel, wenn sich manche über den vermeintlichen Turbo-Effekt der Versorgungskrise für das Projekt der Energiewende freuen. Österreich muss den Tatsachen ins Auge sehen: 1. Der Standort braucht für Wertschöpfung und Arbeit Energie. 2. Gas aus Russland ist kurz- und mittelfristig definitiv nicht vollständig substituierbar. 3. Die Klima- und Energiewende kann nur als Transformationsprozess mit der und nicht gegen die Wirtschaft gelingen. Was Österreich jetzt (endlich) braucht, sind ein kurzfristiger Notfall- und ein mittelfristiger Energie-Masterplan.

Kurzfristig gilt: Ein Gaslieferstopp muss auf jeden Fall vermieden werden. Wenn es zu einer Energiemangellage kommt, braucht es klare Prioritäten auch im Interesse des Standorts und seiner Arbeitsplätze. Österreich muss alle Hebel in Bewegung setzen, damit die Industriebetriebe nicht Opfer der Krise werden.

Mittelfristig geht es darum, das Projekt der Klima- und Energiewende endlich

ökonomisch zu denken, weil die Auswirkungen auf alle Bereiche gravierend sein werden. Moderne Energiepolitik muss Klimaschutz, Wettbewerbsfähigkeit und Versorgungssicherheit gleichermaßen berücksichtigen. Sonst können ehrgeizige, aber grundsätzlich richtige Ziele nicht erreicht werden. Strategien, wie etwa die präsentierte Wasserstoff-Strategie sind erste Schritte, die rasch konkretisiert und in die Realität umgesetzt werden müssen. Wenn wir bis 2030 100 Prozent des elektrischen Stroms aus erneuerbarer Energie beziehen wollen, dann muss der Startschuss jetzt fallen – und nicht irgendwann.

Wir müssen endlich vom Reden und Analysieren ins strategisch fundierte Tun kommen. Mit der Änderung des Gaswirtschaftsgesetzes und der Novelle des Energielenkungsgesetzes haben Bundesregierung und Nationalrat erste Schritte in Richtung Rechtssicherheit gesetzt. Aber ohne klares Notfallkonzept und ohne einen ökonomisch abgesicherten Energie-Masterplan steht unsere Energiezukunft auf mehr als wackeligen Beinen. Das können und dürfen wir uns im Interesse von Wertschöpfung und Arbeitsplätzen in Österreich nicht leisten.

Ihr



Christoph Neumayer,
IV-Generalsekretär



IV-NEUUNG

WIR GRATULIEREN ZUR VERLEIHUNG DER EHRENZEICHEN



Großes Goldenes Ehrenzeichen der Republik Österreich für Vizepräsidentin Dipl.-Ing. Dr. Sabine Herlitschka, MBA



Großes Silbernes Ehrenzeichen der Republik Österreich für Mag. Elisabeth Eva Engelbrechtsmüller-Strauss



Goldenes Ehrenzeichen des Landes OÖ für DDr. Rauscher



Goldenes Ehrenzeichen des Landes OÖ für Dipl.-Chem. Dr. Axel Greiner

Die Redaktion weist darauf hin, dass Redaktionsschluss der vorliegenden Ausgabe der iv-positionen der 13. Juli war. Aktuelle Informationen über spätere Entwicklungen im Zusammenhang mit der russischen Invasion in der Ukraine finden Sie unter: www.iv.at

AKTUELLES IN KÜRZE

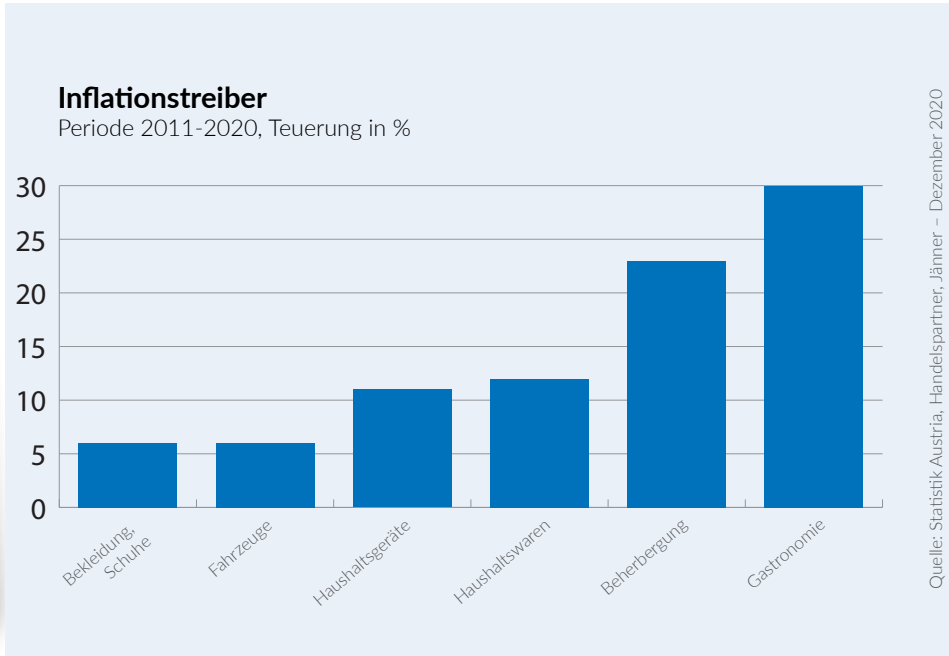
POSTING DES MONATS



GRAFIK DES MONATS

Laut einer Schnellschätzung der Statistik Austria klettert die Inflation in Österreich weiter und erreicht voraussichtlich ein neues Hoch von 8,7 Prozent. Das ist der höchste Wert seit September 1975 - also seit fast mehr als 47 Jahren. In der Eurozone sind die Verbraucherpreise im Juni um 8,6 Prozent gestiegen, damit wurde die höchste Inflation seit der

Einführung des Euro erreicht. Der harmonisierte Verbraucherpreisindex (HVPI) stieg laut vorläufiger Schnellschätzung gegenüber dem Vorjahresmonat ebenfalls um 8,7 Prozent. Gegenüber dem Vormonat stieg das Preisniveau laut HVPI um 1,2 Prozent. Die wesentlichen Treiber der Inflation sind insbesondere Gastronomie und Beherbergung.



ZAHL DES MONATS

48.300

OFFENE STELLEN IM PRODUZIERENDEN SEKTOR

Der Fachkräftemangel wird zunehmend zu einem Arbeitskräftemangel und zieht sich mittlerweile durch fast alle Branchen. Wenn man den Vergleich zieht, so haben sich die offenen Stellenangebote im produzierenden Sektor in den letzten zehn Jahren beinahe vervierfacht.

Derzeit sind im produzierenden Sektor beim AMS über 48.300 offene Stellen und ca. 3.250 offene Lehrstellen gemeldet. Im Vergleich dazu waren vor zehn Jahren (2012) noch circa 12.800 offene Stellen und lediglich circa 750 offene Lehrstellen gemeldet. Technische Berufe und Jobs in der Industrie sind dabei äußerst attraktiv. Es handelt sich dabei um zukunftsfitte und sehr gut bezahlte Arbeitsplätze. Es gibt außerdem gute Weiterentwicklung- und Aufstiegsmöglichkeiten für die Mitarbeiter.

Transatlantische Zusammenarbeit forcieren

Bei Gesprächen mit hochrangigen US-Vertretern betonte IV-Vizepräsident F. Peter Mitterbauer die Wichtigkeit eines transatlantischen Handels- und Investitionsabkommens.

Im Rahmen der zweitägigen Washington-Reise von IV-Vizepräsident Peter Mitterbauer standen neben fairem Handel, Klimaschutz und WTO-Reform u.a. auch die politischen und ökonomischen Auswirkungen der Invasion Russlands in der Ukraine im Mittelpunkt der Gespräche mit Vertretern aus Wirtschaft und Politik.

INFORMATION

Die USA sind nach Deutschland und Italien der drittgrößte Warenexportmarkt für Österreich. Rund 50.000 Arbeitsplätze in den USA werden durch österreichische Investitionen gesichert. Der Abschluss eines transatlantischen Handelsabkommens bleibt daher wesentliches Ziel für die heimische Industrie. Es würde Exporte weiter fördern und weltweit Standards in vielen Bereichen setzen. Auch die internationale Zusammenarbeit mit den USA sollte verstärkt werden, denn es gilt mehr denn je, globale Herausforderungen gemeinsam zu lösen.

Enge Beziehungen zwischen USA und Österreich

Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den USA und Österreich sind eng: Die USA sind nach Deutschland und Italien der drittgrößte Warenexportmarkt für Österreich (11,10 Mrd. Euro). Exportiert werden hauptsächlich Maschinen, Fahrzeuge und Getränke; importiert unter anderem pharmazeutische Erzeugnisse, Fahrzeuge und Maschinen. Von den 800 in den USA aktiven österreichischen Unternehmen sind etwa 250 in der verarbeitenden Industrie tätig. Rund 335 US-Unternehmen sind in Österreich präsent, US-Investitionen in Österreich sichern 16.600 Arbeitsplätze.

Exporte fördern und Standards setzen

„Die engen Beziehungen zwischen den USA und der Europäischen Union bilden das stabile Fundament für die ausgezeichnete wirtschaftliche Zusammenarbeit von Millionen von Menschen. Auch für Österreich sind die USA von enormer wirtschaftlicher Bedeutung, wie die Handels- und Investitionszahlen zeigen“, so Mitterbauer. Er stellte einmal mehr klar: „Der Abschluss eines



F. Peter Mitterbauer absolvierte mehrere Arbeitstermine in Washington, D.C.



Jayme White (US-Handelsbehörde USTR)

transatlantischen Handelsabkommens bleibt wesentliches Ziel für die heimische Industrie. Es würde Exporte fördern und weltweit Standards in vielen Bereichen setzen. Die internationale Zusammenarbeit mit den USA sollte verstärkt werden. Es gilt mehr denn je, globale Herausforderungen gemeinsam zu lösen“. Mitterbauer sprach sich in diesem Zusammenhang auch für die Unterstützung der Gespräche im Rahmen des Handels- und

Technologierates (TTC) aus, um eine Beseitigung von Handelsschranken und eine bessere Abstimmung in Fragen des internationalen Wettbewerbs zu ermöglichen. Aktuell hat die EU 46 aktive Handelsabkommen mit 74 Ländern. Derzeit finden Verhandlungen unter anderem mit Australien, Neuseeland und Indonesien statt. Mit Indien sollen die Gespräche nach neun Jahren Pause wieder aufgenommen werden.



Forschungsprämie: IV-Forderung „Teilbescheid“ erfolgreich umgesetzt!

Die Forschungsprämie ist zusammen mit der direkten F&E-Förderung ein wesentliches Instrument zur Stärkung des FTI-Standortes. Durch sie werden F&E-Aktivitäten in Österreich forciert und zusätzlich F&E aus dem Ausland nach Österreich geholt. F&E ist entscheidend, um Unternehmen zukunftsfit und krisenresilienter zu machen. Ein Standort braucht innovative Unternehmen, um die Technologiesouveränität voranzutreiben und erhebliche Beschäftigungs- und Wertschöpfungssteigerungen zu erzielen.

Um mehr Planungs- und Rechtssicherheit zu erlangen sowie Verwaltungsverfahren zu reduzieren, forderte die

IV nachdrücklich die Umsetzung des „Teilbescheids“ und damit die Schaffung der Möglichkeit einer Auszahlung unstrittiger Teile des Forschungsprämienantrags. Dies konnte nun mit dem Anfang Juli im Nationalrat beschlossenen Abgabenänderungsgesetz 2022 erfolgreich umgesetzt werden. Gerade in wirtschaftlich angespannten Zeiten ist dies eine erhebliche Hilfestellung, um die Liquidität der Unternehmen zu erhöhen. Erfreulicherweise wird es darüber hinaus künftig möglich sein, einen fiktiven Unternehmerlohn in die Bemessungsgrundlage der Forschungsprämie einzubeziehen, was insbesondere jungen und kleineren Unternehmen zugutekommt.

Klimaschutz als oberste Prämisse des Rechtsstaats?

Hochkarätige Juristen-Runde diskutierte rechtspolitische Fragestellungen der Klima- und Energiewende.

Die Energiewende erfordert neben technologischen Innovationen auch die richtigen Impulse aus der Politik. Zu den rechtlichen Aspekten rund um das Thema Klimaschutz diskutierten daher am 5. Juli die Juristen Prof. Piska (Uni Wien), RA Dr. Müller (Dorda Rechtsanwälte), RA Dr.

Rabl (ecolex), RA Dr. Zehetner (KWR Rechtsanwälte) und Prof. Bergthaler (JKU Linz). Die Veranstaltung am Juridicum fand in Kooperation mit IV, der Landwirtschaftskammer und Wirtschaftskammer statt.

Die Experten waren sich einig, dass der aktuelle Entwurf des Klimaschutzgesetzes

zahlreiche Problemfelder aufweist. Klimaziele seien politisch und gesellschaftlich natürlich nachvollziehbar, deren Verankerung in der Verfassung wäre aus rechtlicher Sicht jedoch bedenklich. Denn damit würde der Klimaschutz über andere, ebenso notwendige Grundrechte gestellt werden. Die Klimaneutralität im Verfassungsrang sei

ein Teil dieser Symboldebatte, die jedoch nichts an den CO₂-Emissionen ändert. Laut den Experten sei angesichts der langsamen UVP-Verfahren und des schleppenden Fortschritts in der Energiewende vielmehr De-regulierung das Gebot der Stunde. Die Diskutanten waren sich einig, dass man hier bei der Wurzel des Problems ansetzen müsse.

Kindertag der Industrie – wir verändern die Welt mit Technologie und Digitalisierung!

1.100 Kinder zu Gast beim Kindertag der Industrie (KIDI): Zur spielerischen Vermittlung naturwissenschaftlicher und technischer Inhalte veranstaltet die IV Jährlich den KIDI und bietet damit spannende Einblicke in die Welt der Technik.

Kann man Strom selbst erzeugen? Wie funktionieren eigentlich Spielkonsolen? Wie werden Medikamente hergestellt? Was haben Baustoffe mit einer besseren Welt zu tun? Wozu braucht man eigentlich Leiterplatten? Kann man mit flüssigem Stickstoff „Frozen Yogurt“ herstellen? Diesen und vielen weiteren spannenden Fragen gingen über 1.000 Kinder in der letzten Schulwoche vor den Sommerferien beim Kindertag der Industrie (KIDI) auf den Grund. Der KIDI fand heuer bereits zum 9. Mal im Haus der Industrie in Wien statt. Ursprünglich als reine Präsenzveranstaltung konzipiert, gibt es den KIDI seit dem letzten Jahr auch in einer ergänzenden digitalen Variante, die in den Bundesländern umgesetzt wird.

Die Kernidee beider Konzepte ist, Kindern und Jugendlichen im Alter von 6 bis 14 Jahren in verschiedenen, von Unternehmen durchgeführten Junior-Labs die Welt der Industrie näherzubringen und Wissen zu verschiedenen Tätigkeitsfeldern in Unternehmen zu vermitteln. Und zwar persönlich, hands-on und mit allen Sinnen. Hauptaugenmerk der Junior-Labs liegt dabei auf den MINT-Fächern (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik) sowie auf „Industrie 4.0“ und den vielschichtigen Möglichkeiten, die sich durch Technologie

und Digitalisierung ergeben. Dies gilt nicht nur in persönlicher und beruflicher Hinsicht, wo große Chancen vor allem für interessierte Mädchen warten, sondern auch, was das Potenzial zur Lösung der großen gesellschaftlichen Herausforderungen der Zukunft angeht. Ganz nach dem Motto: Wer MINT kann, kann die Welt verändern!

Ein besonderes Angebot gab es dieses Jahr auch für geflüchtete Kinder aus der Ukraine, in Kooperation mit dem Österreichischen Integrationsfonds (ÖIF).



MINT – Bildung als Schlüssel zur Zukunft

Knapp 500 Bildungseinrichtungen tragen bereits das begehrte MINT-Gütesiegel

Mitte Juni erstrahlte der große Festsaal im Haus der Industrie wieder ganz in „mint“, als Bildungsminister Martin Polaschek, IV-Präsident Georg Knill, Vizerektorin Evelyn Süss-Stepanik (PH Wien) und Vizepräsident Harald Pflanzl (Wissensfabrik Österreich) das begehrte „MINT-Gütesiegel 2022-2025“ verliehen. Zum ersten Mal seit Beginn der Pandemie konnte die „MINT-Gala“ dabei wieder vor 250 geladenen Gästen über die Bühne gehen.

Die Nachfrage nach dem Qualitätslabel, das für begeistertes Lernen und Lehren

in Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik (MINT) vergeben wird, ist auch nach sechs Ausschreibungsrunden ungebrochen hoch. Neben den 61 Bildungseinrichtungen, die zum ersten Mal ausgezeichnet wurden und im Rampenlicht der MINT-Gala standen, konnten sich weitere 102 Kindergärten und Schulen für eine Re-Zertifizierung qualifizieren. Diese werden in den nächsten Monaten bei Festveranstaltungen in den Bundesländern durch IV-Landesgruppen und Bildungsdirektionen ausgezeichnet. In Summe sind aktuell 492 Bildungseinrichtungen in Österreich berechtigt, das MINT-Gütesiegel zu tragen. Als ausgezeichnete

„MINT-Schulen“ und „MINT-Kindergärten“ sind sie auf der MINT-Landkarte unter www.mintschule.at sichtbar.

Die jährliche MINT-Gala in Wien ist inzwischen zur „Institution“ und zum Knotenpunkt des MINT-Geschehens in ganz Österreich geworden. Ein Event, bei dem nicht nur innovative Bildungseinrichtungen öffentlich ausgezeichnet und zum leuchtenden Vorbild für andere werden. Die Veranstaltung bildet zunehmend auch den feierlichen Rahmen, innerhalb dessen die MINT-Community aus Politik, Unternehmen, Wissenschaft und Verwaltung gemeinsam mit Praktikern aus Kindergärten und Schulen über die

naturwissenschaftlich-technische Bildung von morgen diskutiert. Das Kinderorchester der Johann Sebastian Bach Musikschule Wien sowie „Chemie on Tour“ bereicherten das bunte Programm der MINT-Gala mit stimmungsvollen Showacts, bevor die anwesenden Gäste mit einem exklusiven MINT-Buffer und MINT-Bier überrascht wurden, ganz nach dem Motto: Mit MINT lässt sich die Welt verändern!

WEBTIPP

Mehr Informationen finde Sie unter www.mintschule.at



Halbzeit!

Fordernd wie nie waren die Rahmenbedingungen für die Arbeit des 2020 angetretenen IV-Präsidiums. Im Halbzeit-Interview zieht IV-Präsident Georg Knill Bilanz – und erklärt seine Pläne bis 2024.

Corona-Pandemie, Regierungsumbildungen, Ukraine-Krieg, historische Teuerung, Energiekrise, Arbeitskräftemangel – turbulentere Rahmenbedingungen für ein IV-Präsidium als jene in den vergangenen zwei Jahren sind eigentlich nicht vorstellbar...

Nein, wirklich nicht! Umso erfreulicher ist es, dass wir in diesen beiden Jahren einiges erreichen konnten, wie beispielsweise massive Entlastungen für unsere Betriebe und deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Durch einmalige Maßnahmen gab es bereits eine Entlastung von über 37 Milliarden Euro. Maßnahmen wie die schrittweise Senkung der KÖSt und die Senkung der Lohnnebenkosten bringen ein jährliches Entlastungsvolumen von circa 3,5 Milliarden Euro. Entlastung gerade in herausfordernden Zeiten ist und bleibt das Gebot der Stunde für eine erfolgreiche Industrie.

Das Entlastungspaket der Bundesregierung bringt weitere Maßnahmen, die die Handschrift der Industrie tragen. Was war Ihnen besonders wichtig?

Zum einen natürlich die kurzfristig wirk-

samen Maßnahmen wie die Strompreiskompensation und der Direktzuschuss für energieintensive Unternehmen. Das sind gemeinsam über 700 Millionen, die jetzt wirksam werden. Wir fordern natürlich eine Ausweitung über 2022 hinaus, denn die Energiekrise ist mit Jahresende nicht beendet. Auch die steuerfreie Mitarbeiterprämie ist in Zeiten des Fachkräftemangels als wertschätzendes Instrument durchaus wesentlich. Zum anderen sind die strukturellen Maßnahmen, wie die Abschaffung der kalten Progression mit einem Volumen von 16,5 Mrd. Euro bis 2026 und die weitere Senkung der Lohnnebenkosten um drei bis vier Milliarden Euro im gleichen Zeitraum wichtige Schritte. Bei den Lohnnebenkosten sind natürlich weitere Senkungen geboten, um auch zukünftig unsere Wettbewerbsfähigkeit zu sichern.

Sie haben den Fachkräftemangel angesprochen, der sich nach der Corona-Pandemie zu einem Arbeitskräftemangel weiterentwickelt. Wie kommen die Industriebetriebe zu den Mitarbeitern, die sie brauchen?

Das Problem weitet sich für den gesamten Standort und über alle Branchen aus. Wenn Aufträge nicht angenommen werden kön-

„Wir brauchen eine umfassende Fach- und Arbeitskräftestrategie zur nachhaltigen Bekämpfung des Fachkräftemangels.“

Georg Knill,
IV-Präsident

nen, weil das Personal fehlt, verschlechtert das unsere Wachstumschancen massiv. Die von uns nachdrücklich geforderte

Reform der RWR-Karte ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung, damit die Betriebe zu Schlüsselkräften kommen. Dem müssen weitere Schritte folgen: Frauen und ältere Personen müssen ebenso besser für den Arbeitsmarkt mobilisiert werden, wie Jüngere für Berufsausbildungen. Knapp jedes dritte Unternehmen strebt laut aktuellem IV-Konjunkturbarometer die Anstellung neuer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an. Das heißt: Unsere Betriebe wollen Arbeitsplätze schaffen, finden aber nicht die passenden Personen. Hier besteht auch Handlungsbedarf bei der geplanten Arbeitsmarktreform. Wir brauchen jedenfalls eine umfassende Fach- und Arbeitskräftestrategie zur nachhaltigen Bekämpfung des Mangels. Das ist auf unserer Agenda ganz weit oben.

Was erwarten Sie sich außerdem für die zweite Hälfte Ihrer Amtsperiode von der Politik?

Vor allem Augenmaß und wirtschaftspolitische Vernunft. Wozu es auf keinen Fall kommen darf, sind neue Belastungen. Die



Vermögenssteuervorschläge der jüngeren Vergangenheit sind ebenso unverantwortlich wie Belastungen unter dem Vorwand des Klimaschutzes. In der Energiepolitik muss die Regierung endlich ihre Hausaufgaben machen. Zum raschen Ausbau der Energieinfrastruktur gibt es keine Alternative. Wer Energiewende sagt, muss auch für eine rasche Beschleunigung bei den Verfahren sorgen. Und natürlich muss die Politik auch mehr Effizienz durch Strukturreformen schaffen. Geld ist schließlich nicht abgeschafft.

Sie haben es in Ihrer bisherigen Amtszeit mit drei Kanzlern und auch mit drei Gesundheitsministern zu tun gehabt. Was bedeutet das für die politische Interessensvertretung?

Wir sind als Industriellenvereinigung exzellent aufgestellt und haben trotz aller politischen Umbildungen immer einen intensiven Austausch mit möglichst vielen relevanten Stakeholdern gepflegt. Ich selbst habe in den vergangenen zwei Jahren rund 500 IV-Termine wahrgenommen – etwa

mit Angela Merkel, Sebastian Kurz, allen Regierungsmitgliedern oder mit Ministern in Zentral- und Osteuropa. Das persönliche Gespräch ist und bleibt ein wichtiges Instrument unserer Interessenvertretung.

Wie wird sich die IV als Interessenvertretung weiterentwickeln?

Unser Ziel sind Vertiefung und die Positionierung der IV als moderne Netzwerkorganisation. Deshalb werden wir auch im Herbst das neue IV Media Center eröffnen. Bei aller notwendigen Verstärkung der Kommunikation und Außenwirkung ist mir aber auch die inhaltliche Grundlagenarbeit sehr wichtig. Deshalb haben wir uns bereits zu Beginn meiner Amtszeit der Erstellung einer umfassenden Strategie für den Standort Österreich gewidmet. Unsere Task Force zum Standortfaktor Energie hat ebenso wertvolle Grundlagen geschaffen, die wir jetzt interessenpolitisch ausspielen. Wer aus der Industrie kommt, weiß: Erfolg braucht ein starkes Fundament. Das bauen wir auch in der Industriellenvereinigung stetig aus.

Wichtige IV-Erfolge 2020-2022 auf einen Blick (Auswahl)

- Senkung der Körperschaftssteuer
- Senkung Lohnnebenkosten um insgesamt 0,3% (1,3 Milliarden Euro bis 2026)
- Abschaffung der kalten Progression (16,5 Millionen Euro bis 2026)
- Strompreiskompensation (235 Millionen Euro)
- Reform der Rot-Weiß-Rot-Karte
- Direktzuschüsse für energieintensive Unternehmen (500 Millionen Euro)
- Novellierung Energielenkungsgesetz für Klarheit im Notfall
- Aus für existenzbedrohende Mehrfachstrafen im Lohn- und Sozialdumping-Gesetz (Kumulationsprinzip)



„Wir müssen uns auf die Zukunft vorbereiten und sie gestalten!“

Axel Kühner, Vorsitzender des IV-Ausschusses für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik im Gespräch



Herr Kühner, Sie leiten seit Herbst 2020 den Ausschuss für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik. Welche Ziele verfolgen Sie damit?
Unsere Wirtschaft und Gesellschaft befinden sich in einer Transformation, die durch die aktuellen multiplen Krisen noch weiter beschleunigt wird. Der Ausschuss für

Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik ist der neue Ort in der IV, um über die Fragen der Zukunft, die Herausforderungen für Wirtschaft und Gesellschaft und den Beitrag der Industrie zu ihrer Bewältigung zu diskutieren. Gleichzeitig wollen wir einen guten Mix aus aktuellen Entwicklungen und dadurch notwendigen Maßnahmen einerseits und mittel- bis längerfristigen Strategien andererseits bearbeiten. Wir wollen uns mit dem Ausschuss aber auch sehr grundsätzlichen Fragestellungen, die unseren Ordnungsrahmen betreffen, widmen. Es ist ein Ort zum Nachdenken, Reflektieren und Planen über das interessenspolitische Tagesgeschäft hinaus. Der Ausschuss verschränkt wirtschafts- und gesellschaftspolitische Themen und betrachtet sie nie getrennt voneinander.

Auf welche Themen setzen Sie im Ausschuss?
Zu Beginn hat der Ausschuss sehr intensiv an der neuen Industriestrategie gearbeitet, mit einem Fokus auf Standort, Digitalisierung, Arbeitsmarkt und Gesellschaftspolitik. Die Auseinandersetzung mit Zukunftsszenarien ist nach wie vor der rote Faden. Wir haben uns gemeinsam mit zahlreichen Expertinnen und Experten aus verschiedenen Fachrichtungen und durchaus auch mit unterschiedlichen Weltanschauungen den Themen der Neuorientierung des

Staatswesens und der Zukunft des Humankapitals gewidmet. Besonders interessant vor dem Hintergrund des Ukraine-Krieges war in unserer letzten Sitzung die Diskussion mit drei hochkarätigen Speakern zur Frage „Zeitenwende in Europa. Wie kann die Zukunft gelingen?“

Was ist Ihre Conclusio aus der Diskussion zur Zukunft Europas?
Europa ist ein wichtiger und mächtiger Wirtschaftsraum. Diese Marktmacht müssen wir im System- und Großmächtekonflikt klug einsetzen und entschieden handeln. Um die wirtschaftliche Stärke Europas zu erhalten, sollten wir in der Technologie-Entwicklung aufholen, auf Zukunftstechnologien setzen und unser Gewicht in der Standardsetzung halten. Das ist wichtig, weil die Frage der Regulierungskraft damit verbunden ist, welche Form der Gesellschaft, Wirtschaft und Demokratie wir im digitalen Zeitalter vor Augen haben. Eine der entscheidenden Fragen für Europa wird außerdem sein, ob neue Energie-Technologien weltweit exportiert werden können. Insgesamt müssen wir auf jeden Fall diversifizieren und exzessive Abhängigkeiten reduzieren. Das wird etwas kosten. Was wir tun können, ist die Handelsliberalisierung, die preisdämpfend und wohlfördernd wirkt, zu anderen

wirtschaftlichen Regionen hin auszubauen. Österreich ist eine kleine Volkswirtschaft, hat aber eine wichtige Rolle, wenn es um die unter Druck geratenen Werte in den Nachbarstaaten und um die Integration der Westbalkan-Staaten geht.

Was nehmen Sie sich noch vor?
Wir wollen grundsätzlich intensiver die notwendigen Voraussetzungen, sowie die Wechsel- und Folgewirkungen, die von bestimmten Zielsetzungen in diversen Politikfeldern ausgelöst werden können, verstehen und diskutieren. In der Herbstsitzung werden wir uns der Inflation und dem Szenario Stagflation widmen und uns anschauen, wie wir uns darauf wirtschafts- und gesellschaftspolitisch vorbereiten können.

ZUR PERSON

Axel Kühner steht seit 2010 als erster externer CEO an der Spitze des weltweit erfolgreichen Familienunternehmens, des Kunst- und Schaumstoffproduzenten Greiner AG. Seit Herbst 2020 ist er Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik. Davor lenkte er für zwei Jahre den IV-Ausschuss für Bildung und Gesellschaft.

AKTUELLES IN KÜRZE

Ausgezeichnete unternehmerische Verantwortung

Es klingt ein bisschen wie aus dem Märchen: Die Rabmer Gruppe verwandelt Abwasser in saubere Energie. Das geht so: Abwasser aus Dusche, Küche und WC fließt mit bis zu 30 Grad durch die Kanäle. Das Unternehmen aus Oberösterreich nutzt diese Wärme aus den Eingeweiden der Städte, um Gebäude und ganze Siedlungen zu heizen, zu kühlen und mit sauberem Warmwasser zu versorgen. Das Gute daran: Abwasser ist rund um die Uhr verfügbar und kostet nichts. Zu den Kunden gehören kleinere Gemeinden, aber auch die Stadt Wien. Diese Innovation wurde in der Kategorie Klimaschutz ausgezeichnet.

In der Kategorie Internationales Engagement gewann der Healthcare-Spezialist Lohmann & Rauscher mit seinem Projekt „Empowerment und Training für Wundmanagement in Malaysia“. Chronische Wunden sind weltweit ein Problem, allein in Malaysia sind rund 1,3 Millionen

Menschen betroffen. Besonders in ländlichen Gebieten ist eine standardisierte Wundversorgung nach medizinischen Mindestkriterien oft nicht gewährleistet. Werden Wunden nicht adäquat versorgt, kann das zu chronischen Erkrankungen und im schlimmsten Fall zu Amputationen oder Tod führen. Wenn jedoch gut ausgebildete Krankenpfleger ins Haus kommen, kann menschliches Leid verhindert und auch volkswirtschaftliches Vermögen erspart werden. Lohmann & Rauscher bot mit einer malaysischen Universität einen Postgraduierten-Diplomkurs Wundpflege-Management und einen Wundpflege-Management-Grundkurs an.

Der TRIGOS zeigte einmal mehr auf, wie Unternehmensverantwortung in Kombination mit Innovationskraft zu einer nachhaltigen Zukunft beiträgt. Die IV gratulierte den Gewinnern sowie den Nominierten des TRIGOS sehr herzlich!



Mittelbeschluss zu FTI-Schwerpunkten des „Fonds Zukunft Österreich“ 2022

Der Fonds Zukunft Österreich hat erstmals Mittel zur Finanzierung von grundlagen- und anwendungsorientierter Spitzenforschung ausgeschüttet. Bereits zuvor hatten die drei für Forschung zuständigen Ministerien die strategischen Schwerpunkte für die Mittelverwendung festgelegt. Insgesamt werden knapp 146 Mio. Euro für das laufende Jahr zur Verfügung gestellt. Davon gehen 42 Mio. Euro an die Forschungsförderungsgesellschaft FFG, 40 Mio. Euro an den Wissenschaftsfonds FWF und 13 Mio. Euro an die Österreichische Akademie der Wissenschaften (ÖAW). Weiters erhalten die Ludwig Boltzmann Gesellschaft (LBG) 8,56 Mio. Euro, die Christian Doppler For-

schungsgesellschaft (CDG) 14,8 Mio. Euro und die Austria Wirtschaftsservice Gesellschaft (aws) 12 Mio. Euro. Zudem wurden 15,6 Mio. Euro für den Schwerpunkt "Disruptive/radikale Innovation" reserviert. Diese Mittel sollen über FFG, FWF und aws vergeben werden.

Erfreulich ist, dass für die Industrie besonders wichtige Schwerpunkte wie F&E im Halbleiterbereich, Künstliche Intelligenz, Digital Europe und CD-Labore gut dotiert wurden. Wichtig ist jetzt, bei den reservierten Mitteln themenoffene Erfolgsformate der angewandten Forschung zu berücksichtigen und die konkreten Ausschreibungen rasch auf den Weg zu bringen.



Alle TRIGOS Gewinner v.l.n.r.: Sandra Weinberger (TELE Haase Steuergeräte GesmbH), Anja Haider-Wallner (FreuRaum eG), Meinrad Ettengruber (GLS Gemeinschaftsbank eG), Ulrike Rabmer-Koller (Rabmer Gruppe), Diana Reuter (Gebrüder Woerle Ges.m.b.H), Georg Votava (Lohmann & Rauscher GmbH), Kilian Kaminski (Refurbed GmbH)

Junge Industrie goes Brüssel

Nach einer coronabedingten Pause ging es im Juni für die Junge Industrie endlich wieder einmal nach Brüssel. Dabei konnten 14 Mitglieder der Jungen Industrie einen Blick hinter die Kulissen der EU-Institutionen werfen und europäische Politik hautnah miterleben. Gerade in diesen herausfordernden Zeiten eine wichtige Reise, um Hintergründe und Funktionsweisen der EU besser verstehen zu können.

Bei der zweitägigen Reise wurde mit unterschiedlichen Entscheidungsträgern von BusinessEurope, dem Europäischen Rat oder der Kommission, über europapolitische Vorhaben und Herausforderungen diskutiert. Zentrales Thema war der russische Krieg gegen die Ukraine, dessen Implikationen für Europa, aber natürlich auch die energiepolitischen Auswirkungen und Risiken für Österreich. Besonders spannend in diesem Zusammenhang war der Austausch zum Thema Versorgungssicherheit der EU-Länder mit Piotr Serafin, Direktor für Energie und Infrastruktur vom Generalsekretariat des Rates.

Aber auch andere zentrale Themen wurden diskutiert, zum Beispiel wie die strategische Souveränität Europas mittels europäischer Wettbewerbspolitik und Kartellrecht gesichert werden kann, wie der Dialog zwischen Kommission, EU-Rat und Parlament funktioniert, oder welche budgetären

Implikationen die aktuellen Krisen und Herausforderungen haben. Generaldirektor Markus Beyrer hat außerdem einen Einblick gegeben, wie Interessensvertretung auf europäischer Ebene funktioniert. Alles in

allem wieder einmal eine spannende Reise ins Herz der EU, bei dem erneut festgestellt wurde, dass wir für zahlreiche Herausforderungen ein gemeinsames und starkes Europa brauchen.



Wir sind Teil der Lösung

Als Industrie – vom Start-up und Scale-up bis zum Großunternehmen – leisten wir einen wesentlichen Beitrag. Man muss uns nur lassen

Im Juni hat nach coronabedingter Pause wieder einmal die JI-Reise nach Brüssel stattgefunden – ein großes Danke an das IV-Büro Brüssel an dieser Stelle für die Unterstützung bei der Organisation. Der zweitägige Einblick war eine spannende Gelegenheit, hinter die Kulissen zu blicken und zu erkennen, dass die EU nicht immer das träge Konstrukt ist, das man oft vor Augen hat. Es hilft enorm, im Herzen von Brüssel zu sein, um Vorgänge besser verstehen zu können – das heißt aber noch nicht immer, dass man sie inhaltlich teilt.

Mehr Fokus auf die wichtigen, strategischen Themen würde definitiv nicht schaden. Das gilt gleichermaßen für die EU wie für die österreichische Politik. Es scheint, dass die geopolitischen Herausforderungen immer mehr werden, die Antworten der Politik aber immer vager und weniger treffsicher. Es wird versucht, Verantwortung bei möglichst vielen Themen abzuschieben, andererseits werden Rahmenbedingungen immer starrer.

Als Industrie füllen wir Lücken im System sowieso seit Jahren. Sei es bei der Schaffung zusätzlicher Elementarbildungsplätze, bei der Aus- und Weiterbildung unserer Lehrlinge oder bei der betrieblichen Pensionsvorsorge. Wir überlegen uns Lösungen, wo die Politik keine findet, und investieren in Bereiche, die die Politik zu wenig beachtet.

Das gilt übrigens auch für die Energiewende und den Klimaschutz. Als Unternehmen sind wir an vorderster Front und überlegen regelmäßig, wie wir unseren Beitrag leisten können. Das gilt für viele unserer JI-Mitglieder. Und dazu zählen die Traditionsbetriebe der Jungen Industrie gleichermaßen wie die jungen innovativen Start-ups mit Entwicklungspotential bzw. Scale-ups. Wir sind Teil der Lösung. Dazu braucht es aber den notwendigen Raum und Verständnis – auf nationaler, vor allem aber auch auf EU-Ebene.

Herzlichst Euer

Matthias Unger,
Bundesvorsitzender der Jungen Industrie

Weg mit Innovationsbarrieren – wie kann Österreich Top-Gründerland werden?

Drei wesentliche Rahmenbedingungen müssen durch den Staat geschaffen werden, um für innovative Jungunternehmen als Standort attraktiv zu sein: Zugang zu Markt, Finanzierung und Humankapital, meint gruppe1031-Experte Jordan Georgiev, Gründer von Asembly

Die relativ kleine Marktgröße Österreichs wird durch den Zugang zum EU-Markt und den traditionell starken Auftritt in Osteuropa kompensiert, zudem können wir unsere Stärke als Testmarkt ausspielen. Dennoch sind wir im Ranking der Weltbank in der Kategorie „Starting a business“ nur auf Platz 127. So dauert die Gründung einer GmbH in Estland durchschnittlich 3,5 Tage, während dieser Wert in Österreich bei 21 Tagen liegt. Um hier aufzuholen, müssen Prozesse und Interaktionen einem „digital first“ Prinzip folgen, zudem müssen Vergaberichtlinien den Start-up-Markt besser berücksichtigen. Ein „One-stop-Shop“ für Start-ups, der alle Gründungsservices bündelt und

vereinfacht, würde sowohl die Prozesse beschleunigen als auch zu einer effizienten Verwaltung beitragen.

Im Bereich der Finanzierung punkten wir mit Förderprogrammen und einer ausgebauten Investoren-Community, die Mobilisierung von Risikokapital insbesondere in Seed, und Late-Stage Runden ist aber noch nicht ausreichend. Um in diesen kritischen Phasen eine Abwanderung ins Ausland zu vermeiden, müssen steuerliche Barrieren abgebaut werden. Die Abzugsfähigkeit einer Eigenkapitalrendite würde die Bereitstellung privaten Risikokapitals anregen. Ebenso sollten auch institutionelle Investoren einen Teil des verwalteten Vermögens in Risikokapital investieren dürfen. Während EU-weit acht Prozent

des VS Fonds-Kapitals aus Pensionsfonds stammen, sind es in den USA 20 Prozent.

Beim Zugang zum Humankapital braucht es insbesondere verbesserte und digitalisierte Prozesse rund um die Rot-Weiß-Rot-Karte für Gründer und Mitarbeiter. Durch eine neue Gesellschaftsform für Start-ups soll zudem die Unternehmensgründung und die Mitarbeiterpartizipation attraktiver werden und Stock-Options Modelle erleichtern.

WEBTIPP

Weitere Details zu den Forderungen der gruppe1031 finden Sie auf www.gruppe1031.at

IMPRESSUM

Herausgeber, Medieninhaber und Redaktion: Vereinigung der Österreichischen Industrie (Industriellenvereinigung), Schwarzenbergplatz 4, 1031 Wien, Tel.: 01/711 35-2308, E-Mail: positionen@iv.at, Homepage: www.iv.at, ZVR: 806801248, LIVR-Nr.: 00160, EU-Transparenzregister Nr.: 89093924456-06, Vereinszweck gemäß § 2 Statuten: Die Industriellenvereinigung (IV) bezweckt, in Österreich tätige industrielle und im Zusammenhang mit der Industrie stehende Unternehmen sowie deren Eigentümer, Organmitglieder und Führungskräfte in freier und demokratischer Form zusammenzufassen; ihre Interessen besonders in beruflicher, betrieblicher und wirtschaftlicher Hinsicht auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene zu vertreten und wahrzunehmen, industrielle Entwicklungen zu fördern, Rahmenbedingungen für Bestand und Entscheidungsfreiheit des Unternehmertums zu sichern und Verständnis für Fragen der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu verbreiten.

Chefredaktion: Maria Schmidt-Iankova, Marlena Mayer. Lektorat: Barbara Oberrauter-Zabransky. Verantwortlich für den Inhalt: Christian Zoll, Joachim Haindl-Grutsch, Johannes Höhrhan, Eugen Stark, Claudia Mischensky, Gernot Pagger, Ingrid Puschautz-Meidl, Michaela Rolther, Irene Schulte.

Für den Inhalt der letzten drei Seiten zeichnet die jeweilige Landesgruppe verantwortlich.

Grafikdesign: des21 | Matthias Penz

Druck: BULU - Buchdruckerei Lustenau GmbH, 6890 Lustenau. Erscheinungsort: Wien. Offenlegung nach § 25 des Mediengesetzes: iv-positionen erscheint 10x jährlich in einer Auflage von 8.300.

Unternehmensgegenstand: Information zu industrie- und gesellschaftspolitischen Themen für Mitglieder der Industriellenvereinigung und Meinungsträger in Österreich. Siehe auch unter www.iv.at

Fotos (Cover bzw. Coverstory): AdobeStock, IV-Burgenland, IV-Kärnten/Gert Eggenberger, IV-NÖ/Leyrer + Graf, IV-OÖ/JKU, Anita Grillinger, Land OÖ, IV-Salzburg/Wildbild, IV-Steiermark/Marija Kanizaj, IV-Tirol/Frischauf, IV-Vorarlberg/Frederick Sams, IV-Wien/Hannes Winkler

Aus Gründen der leichteren Lesbarkeit wird auf geschlechtsspezifische Endungen verzichtet.

Die verwendeten Bezeichnungen beziehen sich auf alle Geschlechter gleichermaßen.





Universitäre Meilensteine

Die gesetzlich fixierte Einrichtung der neuen TU Linz bedeutet eine enorme Chance für den Standort und einen wirtschaftlichen Mehrwert für Oberösterreich. Auch an der JKU ging es zuletzt kräftig voran, wie ein „Treffpunkt Wissenschaft“ der IV-OÖ am neuen Uni-Campus zeigte.

Mit dem Beschluss des Gründungsgesetzes der neuen, interdisziplinären Technischen Universität in Linz durch den Nationalrat wurde deren Einrichtung nun endgültig fixiert. Gleichzeitig unterstreicht eine aktuelle Studie des ifo-Instituts über die Standorteffekte des „Institute of Digital Sciences Austria“, so der offizielle Name der TU, nicht nur die riesige Chance, die damit verbunden ist, sondern auch den wirtschaftlichen Mehrwert für Oberösterreich. Die Studie verdeutlicht, welcher kräftige Impuls die neue Universität für den Standort und damit für Arbeit und Wohlstand liefern kann.

Mit der neuen TU sollen vor allem auch Antworten auf zentrale Zukunftsfragen gegeben werden, beispielsweise im Bereich Klimaschutz, Mobilität, Sicherheit oder Künstliche Intelligenz, wie Landeshauptmann Thomas Stelzer in einem Pressegespräch mit IV-OÖ-Geschäftsführer Joachim Haindl-Grutsch und WIFO-Direktor Gabriel Felbermayr erklärte. Dahingehend werde die neue TU einen Mehrwert für die ganze Gesellschaft bringen, das Projekt falle auf fruchtbaren Boden und bilde ein sehr tragfähiges Fundament für die weitere Entwicklung des Standortes.

Hohe Spillover-Wirkung

Felbermayr, der die Studie in Zusammenarbeit mit dem ifo-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München erstellt hat, verwies auf die Hebeleffekte und die Spillover-Wirkung der neuen TU, die für Österreich und ganz besonders für den Standort Oberösterreich überdurchschnittlich hoch seien. „Die neue TU ist ihr Geld wert“,

so der WIFO-Chef. Nach allem, was über Universitätsgründungen in der Forschung bekannt sei, werde sie die lokale Wertschöpfung in Oberösterreich deutlich steigern – der Zuwachs im Bruttoregionalprodukt könne bis zu 200 Mio. Euro pro Jahr betragen.

Doch auch sonst wird der Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort Oberösterreich immens von der Einrichtung der TU Linz profitieren, denn mehr Wettbewerb und Kooperation führen letztlich zu mehr Exzellenz. Für Landeshauptmann Stelzer ist das künftige Institute of Digital Sciences Austria ein zentraler Baustein auf dem Weg in das Spitzenfeld der europäischen Industriestandorte: „Wer im Wettbewerb der Regionen bestehen will, muss beim digitalen Wandel vorn mitspielen!“ Die weiteren Errichtungsschritte würden unmittelbar in Angriff genommen und unter Mitwirkung der Johannes Kepler Universität Linz bis zum Herbst 2023 finalisiert.

TU Linz schließt Hochschullücke

Auch für die OÖ. Industrie ist die Entscheidung für die Einrichtung einer interdisziplinären, auf Digitalisierung fokussierten TU aus standortpolitischer Sicht ein richtiger und zukunftsweisender Schritt. „Die Verfügbarkeit von universitärer Forschungskompetenz und hoch qualifizierten MINT-Absolventen ist die ‚harte Währung‘ für einen hoch entwickelten Standort“, erklärt dazu Joachim Haindl-Grutsch. Der Vergleich mit weltweit führenden Regionen zeige eindeutig, dass die Technologieführerschaft für rohstoffarme Standorte der Schlüssel zum Erfolg sei. „Die Digitalisierung ist nach Dampfmaschine, Stromgenerator und

Druckerpresse aufgrund ihrer umfassenden Wirkung die vierte Universaltechnologie. Der Bedarf an digitalen Kompetenzen in Industrie, Wirtschaft und Gesellschaft ist enorm hoch und wird in den nächsten Jahren weiter steigen. Forschungskompetenz und Humankapital müssen für die digitalen Herausforderungen der Zukunft in ausreichendem Ausmaß verfügbar sein.“



„Mit der Gründung der TU Linz wird ein historischer Nachteil Oberösterreichs endlich ausgeglichen – sie schließt die Hochschullücke Österreichs!“

Joachim Haindl-Grutsch,
IV-OÖ-Geschäftsführer

Das Industrieland Oberösterreich kämpft seit Jahrzehnten darum, den späten Start als Hochschulstandort im Vergleich zu anderen Bundesländern wie Wien und der Steiermark aufzuholen. Die Anzahl von Hochschulabsolventen in Relation zur Bevölkerungszahl ist in Oberösterreich aus diesem Grund unterdurchschnittlich. „Mit der Einrichtung der Medizinfakultät und der Gründung der TU wird dieser historische Nachteil endlich ausgeglichen“, betont Haindl-Grutsch: „Die TU schließt die Hochschullücke Österreichs!“ Zudem würden sich aufgrund der umfassenden Kooperationsmöglichkeiten, die sich durch die hohe Dichte an forschungsintensiven Leitbetrieben und zahlreichen weiteren Standortakteuren wie etwa der Ars Electronica ergeben, umfassende Agglomerationseffekte im Ökosystem der neuen Universität entfalten.

Absurde Kritik an Industrienähe

Völlig absurd ist es aus Sicht der OÖ. Industrie, wenn gegen Ende der Begutachtungsfrist des Gründungsgesetzes von manchen Akteuren Kritik an einer zu hohen Industrienähe der neuen TU geäußert und darin eine Gefahr für die Freiheit von Forschung und Lehre gesehen wurde. Im Gegenteil wäre Kritik angebracht, wenn eine Technische Universität nicht mit den industriellen Flaggschiffen des Landes eng kooperieren würde, weil beide Seiten von dieser Zusammenarbeit gewaltig profitierten, wie Haindl-Grutsch hervorhebt: „Die OÖ. Industrie arbeitet schließlich auch mit den bestehenden drei TUs in Wien, Graz und Leoben intensiv zusammen, was von diesen auch aktiv forciert wird.“

Die gemeinsamen Projekte hätten dazu geführt, dass viele Institute stark wachsen und ihre Kompetenz erheblich steigern konnten. „Auch in den letzten Wochen hat es dazu zahlreiche wertschätzend verlaufene Gespräche mit den Rektoren der TU Graz und der Montanuniversität Leoben gegeben. Das ausgearbeitete Konzept der TU wird von der OÖ. Industrie befürwortet, eine entsprechende Einbindung zahlreicher Experten war in den letzten zwei Jahren gegeben“, so Joachim Haindl-Grutsch, der einmal mehr die Interdisziplinarität der neuen TU hervorhebt: „Wer am Institute of Digital Sciences Austria studiert, wird bewusst nicht zum klassischen Mathematiker, Informatiker oder Mechatroniker ausgebildet, sondern zum Generalisten, der Prozesse ‚end to end‘ denken und konzipieren kann – basierend auf einem gesamtheitlichen Verständnis der digitalen Techniken. So wie ein Architekt nicht zum Mathematiker, Physiker, Bauingenieur, Raumplaner oder Künstler und Designer ausgebildet wird.“

Steigende MINT-Zahlen an der JKU

Obwohl bei der neuen TU naturgemäß noch viele Details ungeklärt sind, steht bereits fest, dass sie eng mit der Johannes Kepler Universität kooperieren und auch räumlich am JKU-Campus angesiedelt sein soll. Dieser erstrahlt mittlerweile in neuem Glanz und erfuhr unter Rektor Meinhard Lukas eine enorme Attraktivierung, wie sich die IV-OÖ-Mitglieder im Rahmen eines „Treffpunkt Wissenschaft“ bei einem Campus-Rundgang überzeugen konnten. Nach der schwimmenden Veranstaltungsplattform „JKU Teichwerk“ entstanden zuletzt auch die Kepler Hall, das Learning Center in der Hauptbibliothek, das LIT Open Innovation Center mit Pilotfabrik, das Somnium am Dach des TNF-Turms, die neuen Science Park-Gebäude und zuletzt der Zirkus des Wissens, der sowohl Wissenschaft als auch Kunst für Jung und Alt niederschwellig zugänglich und mit allen Sinnen erlebbar machen soll.

„Neben dem Campus haben wir auch das Angebot an MINT-Studienrichtungen und die Anzahl der MINT-Studierenden deutlich ausbauen können“, berichtet Lukas: „Entgegen dem österreichischen Trend können wir um 30 Prozent gestiegene MINT-Zahlen vorweisen. Mit einer Vielzahl an Maßnahmen – etwa Kooperationen mit der Ars Electronica oder neuen und attraktiven Studienrichtungen – tun wir unser Möglichstes, um diese Entwicklung fortzusetzen!“



Somnium – eine Aussichtsplattform auf dem TNF-Turm mit Veranstaltungs- und Seminarraum.



Teichwerk – schwimmende Gastronomie- und Veranstaltungsplattform am Ost-Ufer des Campusteiches.



Zirkus des Wissens – die Manege wird zum Tummelplatz des Staunens und Entdeckens.



Der JKU Science Park wurde zuletzt um weitere Bauteile erweitert.



Leistung muss sich lohnen

Der Arbeitskräftemangel ist auf lange Sicht die mit Abstand größte Herausforderung. Die Menschen brauchen Anreize, freiwillig Mehrleistung zu erbringen.

Es ist eine Kombination aus vielen Herausforderungen, die es den Industriebetrieben derzeit ungemein schwer macht. Zu den Nachwirkungen der Corona-Krise, den unterbrochenen Lieferketten und der Transformation des Energie- und Mobilitätssystems kamen zuletzt noch die massiv erhöhten Energiekosten, Unsicherheit in der Gasversorgung und die stark steigende Inflation. Kaum eines dieser Probleme wird uns aber so nachhaltig begleiten wie der Arbeitskräftemangel. Schon jetzt ist das Finden qualifizierter Mitarbeiter quer durch alle Branchen laut unserer Mitgliederumfrage das größte Problem. Zieht man in Betracht, dass aktuell auf 100 Personen, die in Pension gehen, nur 54 nachkommen und von diesen nur ein Teil über die entsprechende Ausbildung verfügt, wird rasch klar, dass sich der Arbeitskräftemangel noch weiter verschärfen wird.

Um diese enorme Herausforderung zu bewältigen, wird es eine Vielzahl kleinerer und größerer Maßnahmen brauchen. Das beginnt etwa damit, qualifizierte Zuwanderung zu erleichtern. Erste Verbesserungen sind diesbezüglich in Sicht: Eine novellierte Rot-Weiß-Rot-Card soll Anfang Oktober in Kraft treten und es Unternehmen ermöglichen, außerhalb von Europa qualifizierte Fachkräfte zu rekrutieren.

In Zukunft wird es aber auch darum gehen, die Menschen in unserem Land zu motivieren, freiwillig Mehrleistung zu erbringen. Wir müssen jungen Leuten Freude an der Leistung vermitteln und diese müssen die Chance bekommen, etwa durch Steuerentlastungen mehr zu verdienen. Ebenso muss es gelingen, Frauen, die Teilzeit arbeiten, verstärkt in Vollbeschäftigung zu bringen. Und schließlich gilt es, ältere Mitarbeiter länger in Beschäftigung zu halten und Arbeitnehmern nach Erreichen des Pensionsalters für zwei, drei Jahre eine steuerlich attraktive Möglichkeit einer Weiterbeschäftigung zu geben. Auch hierfür gibt es verschiedene Ideen und Anreize, um Ältere zu motivieren, länger zu bleiben. Grundsätzlich muss es sich auszahlen, mehr zu arbeiten. Die IV-OÖ wird dieses Thema besonders forcieren und konstruktive Vorschläge vorlegen. Leistung muss sich in unserem Land wieder lohnen!

Ihr
Stefan Pierer,
Präsident der IV-Oberösterreich



Arbeitskräfte dringend gesucht!

Trotz aller geopolitischen Unsicherheiten und der damit verbundenen Probleme bleibt für die OÖ. Industrie der Arbeitskräftemangel die klare Nummer Eins unter den Herausforderungen der kommenden Jahre.

Die Gemengelage aus Krisen, die überwiegend auf das geopolitische Umfeld zurückzuführen sind und derzeit über den Industriestandort Oberösterreich, die Republik Österreich und ganz Europa hereinbrechen, lässt jeglichen Optimismus hinsichtlich der künftigen Entwicklung der Wirtschaftslage in Österreich schwinden. Laut der seit 2004 jährlich im Rahmen der Ordentlichen Vollversammlung durchgeführten Mitgliederbefragung der IV-OÖ, an der sich heuer knapp 200 Spitzenmanager der heimischen Leitbetriebe beteiligten, stürzte der Anteil jener, die an eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage Österreichs innerhalb der nächsten zwölf Monate glauben, auf zwei Prozent ab. Im Vorjahr lag dieser Prozentsatz infolge des ersten „überstandenen“ Corona-Jahres noch auf dem Rekordhoch von 76 Prozent. Im Juni heurigen Jahres hoffen hingegen gerade einmal 34 Prozent, dass die Wirtschaftslage in Österreich gleich bleiben werde, fast zwei Drittel (63 %) der Befragten gehen von einer Verschlechterung aus. Dies ist der schlechteste Wert seit Beginn der Erhebungen und ein untrügliches Zeichen für die aktuelle Krisenstimmung.

Steigendes Besorgnislevel

Noch vor Faktoren wie den stark gestiegenen Energiekosten, die Gefahr eines Gas-Lieferstopps oder die weiter ansteigende Inflation, die Unsicherheit schüren, wird der mittlerweile als dramatisch zu bewertende Arbeitskräftemangel mit klarem Abstand als das drängendste Problem der nächsten fünf Jahre gesehen: Insgesamt 95 Prozent der Befragten halten das Finden qualifizierter Mitarbeiter für das größte (61 %) oder zumindest für ein schwerwiegendes Problem (34 %). Auf den weiteren Plätzen der wichtigsten Herausforderungen befinden sich die Themenkomplexe Energiekosten, Umwelt und Klimaschutz, unmittelbar gefolgt von der Verfügbarkeit von Energie, Rohstoffen und Vorprodukten (siehe Grafik).

Damit manifestiert sich der Energiebereich als weiteres Sorgenkind neben dem Mitarbeiter-Thema. Hinsichtlich der Kostenseite stieg das Besorgnislevel um gut 20 Prozentpunkte gegenüber dem Vorjahr an, gegenüber der Messung von 2020 bedeuten diese Werte sogar mehr als eine Verdoppelung.

Standort OÖ bleibt top

Beachtenswert ist auch, dass weder die aktuellen Verunsicherungen im Hinblick auf die Wirtschaftsentwicklung noch der Ausblick auf die drängendsten Probleme der kommenden Jahre nennenswerte Auswirkungen auf die allgemeine Bewertung des Wirtschaftsstandortes Oberösterreich hat. Ähnlich wie im Vorjahr (69 %) bleiben auch heuer 67 Prozent der Befragten bei dem Bild, dass Oberösterreich als Wirtschaftsstandort im Vergleich zu anderen Bundesländern besser dasteht. 26 Prozent halten ihn für gleich gut und nur vier Prozent für weniger gut als die übrigen Bundesländer.

Weiterhin sehr positiv und auf stabil hohem Niveau befindet sich die Zufriedenheit der Mitglieder mit der IV-OÖ. Demgegenüber ist die Zufriedenheit mit der Bundesregierung im Vergleich zu den letzten Jahren deutlich zurückgegangen.

Klarer Blick auf Handlungsfelder

Angesichts der anstehenden Herausforderungen und Probleme haben die heimischen Unternehmer und Spitzenmanager auch eine klare Meinung dazu, welche Maßnahmen von Bundes- und Landesregierung gesetzt werden sollten, um den Standort Oberösterreich zukunftsfit und resilient zu machen. An die Spitze eines potenziellen Maßnahmenpaketes reihen die Befragten klar entsprechende Entlastungen bei Energiekosten und eine Sicherstellung der Energieversorgung. Fast alle IV-OÖ-Mitglieder (96 %) sehen in diesem heuer neu abgefragten Punkt die höchste oder eine hohe Priorität und definieren damit ihre Anforderungen an die Bundes-

und Landesregierung klar und deutlich. Fast ebenso viele (94 %) weisen der Senkung von Steuern und Lohnnebenkosten eine entsprechende Priorität zu.

Mit immerhin 83 Prozent rangiert eine Technologieoffensive in der Klimapolitik auf dem dritten Platz, womit sich die Führungskräfte der OÖ. Industrie auch klar gegen einseitige

Verbote oder Förderungen einzelner Technologien – etwa ein generelles Verbot von Verbrennungsmotoren im Bereich der Antriebstechnologien – aussprechen. Ebenfalls zahlreich sprechen sich die IV-OÖ-Mitglieder für die Umsetzung einer MINT-Offensive (79 %) sowie für Investitionen in Infrastruktur wie Straße, Schiene, Energie oder Breitband (78 %) aus.

